

Protokoll
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - Stavo/003/2006
am Dienstag, den 11.07.2006
im großen Sitzungssaal

Beginn: 19:10 Uhr

Ende: 22:40 Uhr

Um 19.10 Uhr eröffnet Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer die 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung fehlt entschuldigt Frau Stadtverordnete Diepolder.

Der Magistrat wird vertreten durch Herrn Bürgermeister Spandau, Herrn 1. Stadtrat Birke, Frau Stadträtin Metje sowie die Herren Stadträte Häusler, Kircher, Parr, Teubner-Damster, Braunroth und Weinreich. Von der Verwaltung ist Herr Magistratsoberrat Weicker sowie der Schriftführer Herr Amtmann Schäfer anwesend.

Gegen die vorliegende Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen
- 2 Anfragen
- 3 Bekanntgabe der Zusammensetzung der Ausschüsse
- 4 Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern für die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Lauter-Wetter
- 5 Wahl von zwei städtischen Mitgliedern sowie drei stellvertretenden Mitgliedern für die interkommunale Zusammenarbeit
- 6 Vorschlag zur Neubesetzung von Mitgliedern für das Ortsgericht Laubach I
- 7 Dorferneuerung Wetterfeld
hier: Beratung und Beschlussfassung über die kommunalen Maßnahmen
- 8 Um- und Ausbau der Ortsdurchfahrt Laubach-Freienseen
hier: Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung

- 9 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt
Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Schottener Straße"
hier: 1.) Abwägung über die Stellungnahmen im Rahmen der
Entwurfsoffenlage und Beteiligung der Behörden gemäß
§§ 3 (2) und 4 (2) BauGB
2.) Beschlussfassung zur Feststellung der Änderung des
Flächennutzungsplanes gemäß § 6 (6) i.V.m. § 2 (1)
BauGB
- 10 Bauleitplanung der Stadt Laubach
Bebauungsplan "Schottener Straße"
hier: 1.) Abwägung über die Stellungnahmen im Rahmen der
Entwurfsoffenlage und der Beteiligung der Behörden
gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB
2.) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
- 11 Gemeinsamer Antrag der SPD und CDU-Stadtverordneten-
fraktionen vom 14. Juni 2006
hier: Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Feuerwehr-
gerätehaus der Kernstadt Laubach
- 12 Beratung über den Schlussbericht zur Prüfung der Jahresrechnung 2004 gem. §
113 HGO und Beschlussfassung über die Entlastung des Magistrates nach § 114
HGO
- 13 Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Stadtwerke Laubach" zum 31.12.2005
- 14 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer
- 15 Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2005
hier: Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen
Ausgaben gem. § 100 HGO
- 16 Wegeeinziehung in der Gemarkung Lauter, Flur 9, Nr. 173

Beratung:

1 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Spandau gibt folgende Mitteilungen:

- 1.1. Am gestrigen Tage haben Arbeiten am nord-östlichen Eingangsbereich des Schloßparks begonnen. Dabei wird ein Weg in einen besseren Zustand gebracht. Darüber hinaus wird die gesamte Zuwegung und der Aufstellplatz für den Toilettenwagen verändert. Der Ausschuss für Umwelt, Bauen, Planung und Verkehr hat die Planung in seiner letzten Sitzung zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 1.2. Mit der Neuverlegung des Hallenbodens in der Sport- und Kulturhalle wurde gestern begonnen. Die Arbeiten dauern ca. 5 ½ Wochen. Der Boden wurde in Zusammenarbeit mit den die Sporthalle nutzenden Vereinen und der Gesamtschule Laubach ausgewählt.
- 1.3. Für das Bauvorhaben der Firma RR-Team im Bereich des Bauleitplanverfahrens „Schottener Straße“ wurde eine zweite Teilbaugenehmigung erteilt. Diese Genehmigung beinhaltet auch die Aufstellung der Halle. Es fanden hierzu verschiedene Termine mit Fachbehörden statt, bei denen es um Fragen der Löschwasserversorgung und der Regenwasserableitung ging.
- 1.4. Für den Bereich des Bebauungsplanes „Schottener Straße“ gibt es einen weiteren Interessenten für eine Gewerbeansiedlung. Derzeit wird durch das Unternehmen die Trinkwasserqualität in Laubach untersucht.
- 1.5. Das neue Regenrückhaltebecken vom Abwasserverband Lauter-Wetter im Stadtteil Münster ist nahezu fertig gestellt und kann in Kürze in Betrieb genommen werden. Die Kosten belaufen sich auf rund 400.000,-- EUR. Darüber hinaus haben die Arbeiten für die Erneuerung der Kanalsammelleitung im Bereich der Ortslage Anfang Juni begonnen. Für diese Aufwendungen belaufen sich die Kosten auf 570.000,-- EUR.
- 1.6. Der Hochbehälter im Stadtteil Wetterfeld ist fertiggestellt und kann Anfang August ans Netz gehen. Im Rahmen einer der nächsten Sitzungen der Betriebskommission wird den Betriebskommissionsmitgliedern und den Stadtverordneten die Möglichkeit einer Besichtigung dieser Anlage gegeben.
- 1.7. Der Bewilligungsbescheid des Landes Hessen über eine Zuwendung in Höhe von 419.600,-- EUR für den geplanten Bau eines Radweges zwischen Laubach und Freienseen ist am 23. Juni 2006 bei dem Magistrat eingegangen. Der Bescheid sieht vor, dass die Auszahlung der Mittel in den Jahren 2007 bis 2009 erfolgt. Die in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Handlungsgemeinschaft aus den Fraktionen von CDU und SPD haben jedoch vereinbart, den Bau des Radweges zu verschieben. Hierzu wird es in Kürze eine parlamentarische Initiative geben.

- 1.8. Herr Bürgermeister Spandau gibt eine Broschüre des Regierungspräsidiums Gießen zum Thema „Natur aus zweiter Hand – Lebensraum Kläranlage“ in Umlauf. Der Abwasserverband Lauter-Wetter hat mit seiner Kläranlage in Ober-Bessingen an der Erstellung aktiv mitgewirkt.
- 1.9. Am 30.06.2006 wurde wieder eine Geschwindigkeitsmessung auf der Unfallschwerpunktstrecke für Kradfahrer (B 276 Laubach – Schotten) vorgenommen. Es wurden 424 Fahrzeuge in beiden Richtungen erfasst. Davon jeweils ca. 50 % Motorräder und PKW's. Die Anzahl der Verwarnungen belief sich bei den Motorrädern auf 11 und bei den PKW's auf 21 Fälle. Bei 5 Krad- und 4 PKW-Fahrern erfolgten Anzeigen wegen erheblicher Geschwindigkeitsüberschreitungen. Die Höchstgeschwindigkeit betrug 152 km/h bei einem Kraftfahrer und 122 km/h bei einem PKW-Fahrer. Die Geschwindigkeitsbegrenzung beträgt seit dem Jahr 2003 in diesen Bereich 80 km/h.

Nach den Mitteilungen des Bürgermeisters gibt Herr Stadtverordneter Lakos eine persönliche Erklärung zu einem Informationsblatt der Freien Wähler ab, welches in der vergangenen Woche in Freienseen verteilt wurde.

2 Anfragen

Aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung werden folgende Anfragen gestellt:

- 2.1. Herr Stadtverordneter Semmler beantragt eine Bandabschrift der Sitzung über die persönliche Erklärung von Herrn Stadtverordneten Lakos.
- 2.2. Herr Stadtverordneter Semmler fragt an, ob dem Bürgermeister bekannt sei, dass die Nichtausführung des Beschlusses über den Bau eines Radweges nach Freienseen Folgen für seine Pension haben kann. Darüber hinaus sollte der zuständige Minister in Wiesbaden die Informationen über die Nichtausführung nicht aus der Presse, sondern von dem Bürgermeister persönlich erfahren.
- 2.3. Herr Stadtverordneter Neuhäuser teilt mit, dass ein Einsatzfahrzeug des Rettungsdienstes ein Haus in der „Wildemannsgasse“ wegen fehlender Straßenbeschilderung nicht gefunden hat. Er bittet um Mitteilung, wann die Straßenbeschilderung angebracht wird.
- 2.4. Herr Stadtverordneter Siegfried bittet Herrn Bürgermeister Spandau, die Kollegen der FWG-Fraktion über die Gründe, den zeitlichen Ablauf und die politischen Mehrheiten für die Beschaffung eines Unimog für den Bauhof aufzuklären.

- 2.5. Herr Stadtverordneter Kilp bittet um Mitteilung, ob der Magistrat den Beschluss über den Bau eines Radweges mit entsprechender Etatisierung als konkrete Handlungsauftrag ansieht. Wenn dem nicht so ist, auf welcher Grundlage dieses basiert und ob es entsprechende Magistratsbeschlüsse gibt? Darüber fragt Herr Stadtverordneter Kilp an, ob die Verabredungen in Handlungsgemeinschaften verbindlichen Charakter wie Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung haben. Wie kann der Bürgermeister Äußerungen in der Presse „Der Radweg wird über die Hintertür eingeführt“ erklären?
- 2.6. Herr Stadtverordneter Köhler bittet um Mitteilung, ob es für das im Bau befindliche Wassersportzentrum einen Bauzeitenplan gibt bzw. wann mit der Fertigstellung des Jugendgästehauses zu rechnen sei.
- 2.7. Herr Stadtverordneter Haas teilt mit, dass in der Bahnhofstraße desöfteren Fahrzeuge entgegen der Einbahnstraße fahren. Seines Erachtens ist dies auf die sehr kleinen und schlecht erkennbaren Verkehrzeichen zurück zu führen. Er bittet um Mitteilung, was die Stadt Laubach in der Angelegenheit zu unternehmen gedenkt.
- 2.8. Herr Stadtverordneter Haas teilt mit, dass die Brücke in der Hungener Straße, über den stillgelegten Bahnkörper in Höhe des Festplatzes Helle Schäden an den Geländern aufweist. Er bittet um Mitteilung, was die Stadt Laubach kurzfristig unternimmt, um ihrer Verkehrssicherungspflicht nachzukommen.
- 2.9. Herr Stadtverordneter Haas bitte um Mitteilung, ob die Stadt die Stadt Laubach ein Konzept für die Bepflanzung des Friedhofes in der Kernstadt hat.
- 2.10. Herr Stadtverordneter Oßwald bittet um Mitteilung, warum die in der Stadt Laubach verweilende Wandergruppe aus der Partnerstadt Zoersel nicht von dem Bürgermeister oder einem Vertreter des Magistrats begrüßt oder empfangen wurde.
- 2.11. Herr Stadtverordneter Oßwald bittet um Mitteilung, warum der neue Dienstwagen des Bürgermeister kein Behördenkennzeichen trägt.
- 2.12. Herr Stadtverordneter Oßwald bittet um Mitteilung, warum ein Teilstück der Straße „Am Weingarten“ trotz Grundstückverkäufen nicht gleich mitgeteert wurde bzw. wann den Teerung vorgesehen ist.

- 2.13. Herr Stadtverordneter Oßwald fragt an, ob der Stadtverordnetenvorsteher bei der Anwesenheit im Rahmen einer Spendenübergabe der Sparkassenkulturstiftung an einen Verein und der anschließenden Presseberichterstattung nicht die Gefahr sieht, dass das Laubacher Vereinsleben über Gebühr politisiert wird. Darüber hinaus wird angefragt, ob sich der Stadtverordnetenvorsteher darüber mit den Verantwortlichen des Karnevalvereins abgestimmt hat.

Die Anfragen werden durch Herrn Bürgermeister Spandau bzw. Herrn Stadtverordnetenvorsteher Schäfer direkt beantwortet. Darüber hinaus hat Herr Stadtverordneter Lakos seine persönliche Erklärung Herrn Semmler schriftlich ausgehändigt.

3 Bekanntgabe der Zusammensetzung der Ausschüsse

Aufgrund des Beschlusses in der Stadtverordnetenversammlung vom 26.04.2006 erfolgt die Besetzung der Ausschüsse gem. § 62 Abs. 2 HGO im Benennungsverfahren. Die Wahlen der Vorsitzenden bzw. stellv. Vorsitzenden erfolgte in den jeweiligen Ausschusssitzungen. In den Sitzungsmappen liegen Übersichten der einzelnen Ausschüsse. Danach gehören folgende Mitglieder den Ausschüssen an:

1. Haupt- und Finanzausschuss

Vorsitzender: Graf Karl zu Solms Laubach (CDU)
stellv. Vorsitzender: Heinz Lakos (SPD)
stellv. Vorsitzende: Dr. Christiane Schmahl (Bündnis 90/Die Grünen)
Michael Sussmann (FWG)
Björn Erik Ruppel (CDU)
Sven Viehl (SPD)
Lutz Köppen (FWG)

2. Jugend-, Sport-, Kultur- und Sozialausschuss

Vorsitzende: Gabriele Schäfer-Klaus (SPD)
stellv. Vorsitzender: Axel Kröll (CDU)
stellv. Vorsitzende: Anne Sussmann (FWG)
Christine Diepolder (CDU)
Barbara Dietz (Bündnis 90/Die Grünen)
Harald Mohr (SPD)
Josef Neuhäuser (FWG)

3. Umwelt-, Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Horst Wagner (SPD)
stellv. Vorsitzender: Uwe Beyer (CDU)
stellv. Vorsitzender: Leo Axmann (FWG)
Siegbert Maikranz (CDU)
Michael Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)
Kenan Esmer (SPD)
Hans-Georg Frank (BfL)

4 Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern für die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Lauter-Wetter

Gemäß § 8 der Satzung des Abwasserverbandes Lauter-Wetter sind für die
Verbandsversammlung zwei Mitglieder sowie zwei Stellvertreter/ -innen zu wählen.

Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag von den Fraktion CDU und SPD und ein
weiterer Vorschlag der FWG-Fraktion vor. Herr Stadtverordneter Oßwald beantragt,
die Wahl schriftlich und geheim durchzuführen.

Wahlergebnis:

Abgegebene gültige Stimmern	36
davon entfallen auf	
Wahlvorschlag SPD/CDU-Fraktionen	21 Stimmen,
Wahlvorschlag FWG-Fraktion	13 Stimmen,
Enthaltungen	0 Stimmen,
Nein	2 Stimmen.

Somit entfällt auf auf den gemeinsamen Wahlvorschlag der SPD/CDU Fraktionen ein
Vertretersitz (Herr Siegbert Maikranz) und ein Stellvertretersitz (Herr Horst Wagner)
sowie auf den Wahlvorschlag der FWG-Fraktion ebenfalls ein Vertretersitz (Herr Leo
Axmann) und ein Stellvertretersitz (Herr Dirk Oßwald).

5 Wahl von zwei städtischen Mitgliedern sowie drei stellvertretenden Mitgliedern für die interkommunale Zusammenarbeit

Gemäß § 3 Abs. 2 der Rahmenvereinbarung der Städte Grünberg, Hungen, Laubach und Lich v. 13.02.2002 über die interkommunale Zusammenarbeit sind für die Arbeitsgruppe je Stadt zwei Vertreter/innen und bis zu drei Stellvertreter/innen zu wählen.

Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag von den Fraktion CDU und SPD und ein weiterer Vorschlag der FWG-Fraktion vor. Herr Stadtverordneter Oßwald beantragt, die Wahl schriftlich und geheim durchzuführen.

Wahlergebnis:

Abgegebene gültige Stimmern davon entfallen auf	36
Wahlvorschlag SPD/CDU-Fraktionen	21 Stimmen,
Wahlvorschlag FWG-Fraktion	14 Stimmen,
Enthaltungen	0 Stimmen,
Nein	1 Stimmen.

Somit entfällt auf auf den gemeinsamen Wahlvorschlag der SPD/CDU Fraktionen ein Vertretersitz (Frau Jennifer Lotz) und zwei Stellvertretersitze (Herr Horst Wagner und Herr Axel Kröll) sowie auf den Wahlvorschlag der FWG-Fraktion ebenfalls ein Vertretersitz (Herr Dirk Oßwald) und ein Stellvertretersitz (Herr Michael Köhler).

6 Vorschlag zur Neubesetzung von Mitgliedern für das Ortsgericht Laubach I

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 025/2006.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer gibt bekannt, dass darüber hinaus Frau Dorothea Rühl von der FWG-Stadtverordnetenfraktion als Kandidatin vorgeschlagen wird. Die Begründung zu dem Wahlvorschlag gibt Herr Stadtverordneter Semmler mündlich. Herr Stadtverordneter Semmler weist darauf hin, dass gem. § 7 und 8 des Ortsgerichtsgesetzes die Bewerber schriftlich und geheim in getrennten Wahlgängen zu wählen sind.

Bürgermeister Spandau stellt richtig, dass die von Herrn Stadtverordneten Semmler genannte Rechtsgrundlage keine getrennten Wahlgänge zwingend vorschreibt. Im übrigen würde das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren die rechtlichen Voraussetzungen des Ortsgerichtsgesetzes im vollen Umfange abdecken.

Zur rechtlichen Klärung über den weiteren Verlauf des Wahlverfahrens und zur Herstellung von Stimmzetteln wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzungshandlung teilt Herr Bürgermeister Spandau mit, dass in der Angelegenheit die Rechtsauskunft von dem dem Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) eingeholt wurde. Danach enthält der Stimmzettel die Namen aller Bewerber sowie die Möglichkeit einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung. Gewählt sind die Bewerber, die gemäß § 7 Abs. 2 Ortsgerichtsgesetz mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter – mindestens 19 Stimmen – erhalten haben.

Herr Stadtverordneter Semmler kündigt eine rechtliche Prüfung dieses Wahlverfahrens an, da er mit diesem Wahlverfahren nicht einverstanden ist. Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer gibt bekannt, dass die Wahl nunmehr nach der vom Herrn Bürgermeister Spandau vorgeschlagenen Wahlverfahren erfolgt.

Herr Stadtverordneter Frank beantragt, die Angelegenheit nochmals zu prüfen und die Wahl bis dahin zurück zu stellen. Herr Stadtverordneter Siegfried widerspricht dem Antrag und lehnt den Geschäftsordnungsantrag ab.

Der Antrag des Stadtverordneten Frank wird mit 13 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Sodann erfolgt die Wahlhandlung nach deren Abschluß Herr Stadtverordneter Kilp entschuldigt die Sitzung verläßt.

Wahlergebnis:

Abgegebene gültige Stimmern 36
davon entfallen auf

Frau Lydia Müller	26 Stimmen,
Herrn Helmut Kircher	23 Stimmen,
Frau Beate Kühn	24 Stimmen
und Frau Dorothea Rühl	13 Stimmen.

Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen wurden nicht abgegeben.

Somit haben die Bewerber/ innen Lydia Müller, Helmut Kircher und Beate Kühn (2. Vertreterin des Ortsgerichtsvorstehers) die notwendige Stimmenzahl erhalten und werden von der Stadt Laubach dem Amtsgericht Gießen als Mitglieder des Ortsgerichts Laubach I (Kernstadt) vorgeschlagen.

**7 Dorferneuerung Wetterfeld
hier: Beratung und Beschlussfassung über die kommunalen
Maßnahmen**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 006/2006.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den dem Originalprotokoll als **Anlage 1** beigefügten Maßnahmenkatalog aller kommunalen Projekten mit Kostenübersicht aus dem Dorfentwicklungskonzept (Dezember 2005).

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	1	1	35
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

**8 Um- und Ausbau der Ortsdurchfahrt Laubach-Freienseen
hier: Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 022/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Herrn Stadtverordneten Oßwald, Axmann, Semmler und Herr Bürgermeister Spandau.

In der Begründung der Beschlussvorlage wird Satz 6 wie folgt geändert:

Die vorgenannten Anregungen und Bedenken werden dann, soweit sie machbar sind, in die Planungen übernommen und eingearbeitet.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, unter Berücksichtigung der Änderung in der Begründung der Beschlussvorlage, den Um- und Ausbau der Ortsdurchfahrt Laubach-Freienseen auf der Grundlage der überarbeiteten Planungen des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Schotten vom November 2005.

Der Magistrat wird beauftragt eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Hessen über die gegenseitigen Aufgaben sowie die Kostenverteilung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	7	0	1	1	29
Nein-Stimmen	0	0	1	3	0	0	4
Enthaltungen	0	0	2	0	0	0	2

- 9 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Kernstadt
Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Schottener
Straße"**
hier: 1.) Abwägung über die Stellungnahmen im Rahmen der
Entwurfsoffenlage und Beteiligung der Behörden gemäß
§§ 3 (2) und 4 (2) BauGB
2.) Beschlussfassung zur Feststellung der Änderung des
Flächennutzungsplanes gemäß § 6 (6) i.V.m. § 2 (1)
BauGB

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 027/2006.

Beschluss:

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt, nach eingehender Diskussion und Abwägung der bislang vorliegenden Stellungnahmen, die der Beschlussvorlage beigefügten Beschlussempfehlungen (Synopse, Seite 1-5) als Stellungnahmen der Stadt Laubach.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach stellt die Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Schottener Straße“ am östlichen Rand der Kernstadt Laubach fest; die zugehörige Begründung und der Umweltbericht werden gebilligt.
- (3) Die festgestellte Flächennutzungsplanänderung ist gemäß § 6 (1) BauGB der höheren Verwaltungsbehörde, dem Regierungspräsidium Gießen zur Genehmigung vorzulegen. Auf die Bestimmungen des § 6 (2) BauGB ist hinzuweisen.
- (4) Die Erteilung der Genehmigung ist alsdann ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung wird die Flächennutzungsplanänderung wirksam.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	1	1	35
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

**10 Bauleitplanung der Stadt Laubach
Bebauungsplan "Schottener Straße"
hier: 1.) Abwägung über die Stellungnahmen im Rahmen der
Entwurfsoffenlage und der Beteiligung der Behörden
gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB
2.) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 028/2006.

An der Aussprache beteiligen sich Frau Stadtverordnete Graf und Herr Bürgermeister Spandau.

Beschluss:

- (5) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt, nach eingehender Diskussion und Abwägung der bislang vorgelegten Stellungnahmen, die der Beschlußvorlage beigefügten Beschlussempfehlungen (Synopse, Seite 1-15) als Stellungnahmen der Stadt Laubach.
- (6) Der Bebauungsplan wird gemäß (1) redaktionell geändert.
Der Umweltbericht bleibt unverändert.
- (7) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den gemäß Punkt 2 geänderten Bebauungsplan „Schottener Straße“ am östlichen Rand der Kernstadt Laubach einschließlich der Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 5 HGO und § 81 HBO als Satzung und die Begründung einschließlich des Umweltberichtes dazu.
- (8) Der vorliegende Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB- nach der Rechtswirksamkeit der Änderung des Flächennutzungsplanes im entsprechenden Bereich- ortsüblich bekannt zu machen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	9	3	1	1	34
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	1	0	0	0	1

**11 Gemeinsamer Antrag der SPD und CDU-Stadtverordneten-
fraktionen vom 14. Juni 2006
hier: Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Feuerwehr-
gerätehaus der Kernstadt Laubach**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 034/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Köppen, Ruppel, Metje, Köhler, Siegfried, Axmann, Semmler und Herr Bürgermeister Spandau.

Herr Stadtverordneter Köhler stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Nach Ziff. 5 des Beschlussantrages des gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD wird folgende Ergänzung eingefügt:

„Die Prüfung soll so zügig durchgeführt werden, dass noch in 2006 mindestens eine weitere Anlage errichtet werden kann.“

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, umgehend eine Photovoltaikanlage auf dem Feuerwehrgerätehaus der Kernstadt Laubach zu planen und die Planung sehr zügig umzusetzen.
2. Die Anlage soll auch den Zweck erfüllen, einer breiten Bürgerschaft den Nutzen der Photovoltaikanlage vor Augen zu führen und zu diesem Zweck über eine große Anzeigetafel verfügen, auf der interessante, aktuelle Daten der Anlage angezeigt werden.
3. Es soll versucht werden, die Anlage gemeinsam mit der Sparkasse umzusetzen und zu betreiben und der Sparkasse eine Beteiligung von 50 % vorzuschlagen. Der Magistrat wird ermächtigt, einen entsprechenden Vertrag mit der Sparkasse abzuschließen.
4. Es werden im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2006 zur Deckung der notwendigen Investitionskosten 12.500,- EUR bereit gestellt (nur städtischer Anteil).
5. Der Magistrat wird weiterhin gebeten, zu prüfen, ob eine von Bürgern finanzierte Anlage auf den Bauhof-Neubau oder auf dem Dach der Sport- und Kulturhalle errichtet werden kann. Es ist anzustreben, eine solche Prüfung und anschließende Umsetzung ebenfalls mit der Sparkasse Laubach-Hungen durchzuführen. Die Prüfung soll so zügig durchgeführt werden, dass noch in 2006 mindestens eine weitere Anlage errichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	0	1	34
Nein-Stimmen	0	0	0	0	1	0	1
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

12 Beratung über den Schlussbericht zur Prüfung der Jahresrechnung 2004 gem. § 113 HGO und Beschlussfassung über die Entlastung des Magistrates nach § 114 HGO

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 442/2005.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach nimmt von dem Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Laubach für das Haushaltsjahr 2004 durch die Revision des Landkreises Gießen gem. § 113 HGO Kenntnis und beschließt die Entlastung des Magistrates gem. § 114 HGO.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	1	1	35
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

13 Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Stadtwerke Laubach" zum 31.12.2005

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 033/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Frau Dr. Schmahl, Herr Semmler und Herr Bürgermeister Spandau.

Beschluss:

- a) Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Theobald & Jung GmbH, 35398 Gießen, geprüfte Jahresabschluss der Stadtwerke Laubach zum 31.12.2005 mit einer Bilanzsumme von EUR 13.079.970,44 und einem Jahresverlust von EUR 106.382,25 wird gem. § 27 Abs. 3 EigBGes festgestellt.

- b) Der Jahresverlust des Betriebszweiges Wasserversorgung mit EUR 77.416,30 ist auf neue Rechnung vorzutragen.
- c) Der Jahresverlust des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung mit EUR 28.965,95 ist aus dem Gewinnvortrag zu tilgen.
- d) Die Betriebsleitung der Stadtwerke Laubach wird für das Wirtschaftsjahr 2005 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	1	0	34
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	1	1

14 Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 016/2006.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt die dem Originalprotokoll als **Anlage 2** beigefügte 1. Änderungssatzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	9	3	1	1	34
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	1	0	0	0	1

**15 Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2005
hier: Kenntnismahme der über- und außerplanmäßigen
Ausgaben gem. § 100 HGO**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 486/2006.

Beschlussantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach nimmt von dem Gesamtbetrag der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Jahres 2005

- a) im Verwaltungshaushalt in Höhe von 33.226,98 EUR und
- b) im Vermögenshaushalt in Höhe von 2.795,37 EUR

zustimmend Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	1	1	35
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

16 Wegeeinziehung in der Gemarkung Lauter, Flur 9, Nr. 173

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 030/2006.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt die Einziehung des Weges gemäß § 6 HStrG in der Gemarkung Lauter, Flur 9, Nr. 173 mit einer Größe von 319 m² sowie die anschließende Veräußerung dieses Grundstückes an den Verein für Jugendfürsorge und Jugendpflege e.V. Gießen, Hein-Heckroth-Straße 28, 35394 Gießen, zu einem Preis von 7,50 € je Quadratmeter. Die mit dem Verkauf verbundenen Kosten (Notar, Grunderwerbssteuer, Eintragungskosten u. ä.) werden ebenfalls vom Käufer übernommen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	11	9	10	3	1	1	35
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

(Alfred Schäfer)
Vorsitzender

(Mathias Schäfer)
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.07.2006

Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneten-
vorsteher Schäfer, Alfred

CDU-Fraktion

Stadtverordnete Albert, Ingrid
Stadtverordneter Beyer, Uwe
Stadtverordneter Diepolder, Michael Dr. med.
Stadtverordneter Graf zu Solms-Laubach, Karl S.E.
Stadtverordneter Kröll, Axel
Stadtverordnete Lotz, Jennifer
Stadtverordneter Maikranz, Siegbert
Stadtverordneter Rinker, Mike Dr.jur.
Stadtverordneter Ruppel, Björn Erik

SPD-Fraktion

Stadtverordneter Becker, Hans-Jürgen
Stadtverordneter Berk, Christian
Stadtverordneter Esmer, Kenan
Stadtverordneter Lakos, Heinz
Stadtverordneter Mohr, Harald
Stadtverordnete Poschpiech, Sigrid
Stadtverordnete Schäfer-Klaus, Gabriele
Stadtverordneter Siegfried, Werner
Stadtverordneter Viehl, Sven
Stadtverordneter Wagner, Horst

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Dietz, Barbara
Stadtverordneter Köhler, Michael
Stadtverordnete Schmahl, Christiane Dr.

FDP-Fraktion

Stadtverordneter Kilp, Jochen

Stadtverordneter Metje, Tim

FWG-Fraktion

Stadtverordneter Axmann, Leo

Stadtverordneter Gottwals, Ralf

Stadtverordnete Graf, Petra

Stadtverordneter Haas, Günter

Stadtverordneter Köppen, Lutz

Stadtverordneter Neuhäuser, Josef

Stadtverordneter Oßwald, Dirk

Stadtverordneter Semmler, Günther

Stadtverordnete Sussmann, Anne

Stadtverordneter Sussmann, Michael

Bürger für Laubach

Stadtverordneter Frank, Hans-Georg

Magistrat

Bürgermeister Spandau, Claus

1. Stadtrat Birke, Lothar

Stadtrat Braunroth, Helge

Stadtrat Häusler, Rainer

Stadtrat Kircher, Helmut

Stadtrat Lindner, Hans-Peter

Stadträtin Metje, Heidrun

Stadtrat Parr, Hans Walter

Stadtrat Teubner-Damster, Hans-Georg

Stadtrat Weinreich, Karl Georg Ludwig Dipl.
Ing.

Schriftführer/in

Amtmann Schäfer, Mathias

Verwaltung

Magistratsoberrat Weicker, Karl-Heinz

entschuldigt fehlt

CDU-Fraktion

Stadtverordnete Diepolder, Christine
